Ein politischer Diskurs über die Zukunft der Zweiten Republik Advan

Wien, Mai 1996

Bernd Marin

SIND VOLLBESCHÄFTIGUNG, WOHLFAHRT UND VERTEILUNGS-GERECHTIGKEIT MÖGLICH?

15 THESEN

- 1. In dem Maße, wie Vollbeschäftigung, Wohlfahrt und Verteilungsgerechtigkeit *nicht* erreicht werden, ist nicht nur die Zukunft der Zweiten Republik, nicht nur die Zukunft von "Advanced Democracy", sondern die Zukunft von Demokratie überhaupt gefährdet. Ohne soziale Bürgerrechte bleiben Freiheit und Demokratie stets prekär.
- 2. Vollbeschäftigung, Wohlfahrt und Verteilungsgerechtigkeit sind weiterhin möglich, aber infolge außenwirtschaftlicher, technologischer und Marktentwicklungen auf längere Sicht unwahrscheinlich. Und je länger und je weiter wir uns von diesen Zielen entfernen, desto unwahrscheinlicher wird ihre künftige Verwirklichung, desto kostspieliger ihr Verfahren.
- 3. Die Grundbegriffe "Vollbeschäftigung", "Wohlfahrt" und "Verteilungsgerechtigkeit" selbst sind mehrdeutiger und umstrittener denn je; und damit erst recht ihre jeweilige (Un)Möglichkeit, (Un)Wahrscheinlichkeit, Wünschbarkeit und Machbarkeit.
- 4. Gleichzeitige Arbeitslosen- und Beschäftigungsrekorde in Westeuropa auf (in Vergleich zu Nord-

und Osteuropa, Nordamerika und Japan) niedrigem Aktivitätsniveau verändern die Bedeutung von Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit, Vollbeschäftigung, Arbeitsplatzbeschaffung und verschiedensten Formen der Nicht-Beschäftigung grundlegend und nachhaltig.

- 5. In Europa ist der Konsens zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zerfallen. Im Gegensatz zur Preisstabilität gibt es keinen Konsens über die Wünschbarkeit oder Machbarkeit von Vollbeschäftigung. Dieser Sichtwechsel hat Wissenschaft, Politik und intergouvernementale Organisationen wie die OECD ebenso erfaßt wie weite Bevölkerungskreise.
- 6. Interessenverbände und politische Parteien unterscheiden sich vor allem durch ihre ideologische Rhetorik, konvergieren jedoch praktisch weitgehend in eine Philosophie des Interventionsverzichts, unabhängig von der Höhe der Arbeitslosigkeit. Während Konservative und Wirtschaftsliberale Arbeitslosigkeit häufig als marktgerecht, wirtschaftlich dynamisierend und damit sogar als begrenzt wünschenswert sehen, wird von Sozialdemokraten zwar die Wünschbarkeit von Arbeitslosigkeit, aber auch zusehends die Machbarkeit von Vollbeschäftigung bestritten oder zumindest resignativ preisgegeben. Praktisch wurde die ständig steigende Arbeitslosigkeit von fast allen Regierungen hingenommen.
- 7. Materieller "Wohlstand" ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für soziale "Wohlfahrt", "Wohlfahrt" eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für "Wohlbefinden" als subjektiv erfahrbare Lebensqualität.

- 8. "Verteilungsgerechtigkeit" läßt sich wie "Gerechtigkeit" selbst nicht positiv definieren. Sie konkretisiert sich daher besser als "Fairness" bzw. in ständigen öffentlichen Debatten um Maßstäbe sozialer Gerechtigkeit und im ständigen Kampf gegen alle Formen von Ungerechtigkeit. In Anerkennung der liberalen Kritik an messianischen Versuchungen ist eine Säkularisierung des Gerechtigkeitsbegriffs angeraten: man sollte nicht so tun, als ob irgendwer wissen könnte, was "Gerechtigkeit" ist, während wir gemeinsam doch jeweils ziemlich genau näherungsweise bestimmen können, was "ungerecht" ist. Und entsprechend handeln.
- 9. Beispielhafte Konsequenz aus These 8: Gerade weil und insoweit eine Anerkennung von "Leistung" gerecht ist, müssen "nicht-leistungsgerechte" Formen von Einkommen (etwa aus ererbtem Vermögen, arbeitslosen oder mehrfachen Einkommen, Windfall profits, "unbegründbaren" Einkommensdifferentialen, kurz: alle marktfremden Machtrenten und Lotteriegewinne des Lebens) umso entschiedener besteuert werden, damit "Leistungsgerechtigkeit" glaubwürdig bleibt. Weil wirtschaftliche und soziale Umverteilung ohnedies laufend stattfindet, ist und bleibt "weniger ungerechte Verteilung" und d. h. politische Umverteilung als Gegensteuerung und Gestaltungsaufgabe unverzichtbar.
- 10. Im Gegensatz zu den Wohlfahrtsstaaten Westeuropas und Skandinaviens ist der Sozialstaat in Österreich-(und Deutschland) nicht in erster Linie auf Korrektur marktvermittelter Ungleichheiten, sondern infolge der Erwerbszentrierung, des vorherrschenden Versicherungsprinzips und vor allem infolge der berufsständischen

Gliederung von einer Reihe "verkehrter Umverteilungen" von den Bedürftigen hin zu den Begüterten gekennzeichnet. Diese perverse Eigendynamik hin zu einer Art "Selbstbedienungsladen" der (oberan) Mittelschichten gilt es abzubauen, ohne doch das Eigeninteresse der Mittelklassen am Wohlfahrtsstaat, wie es vor allem durch Beitragsäquivalenz und universelle Bürgerrechte vermittelt wird, zu untergraben. Die reine Logik der Sozialstaffelung würde zurück zur Armenfürsorge des 19. Jahrhunderts führen.

11. Seit der Weltwirtschaftskrise Mitte der siebziger Jahre haben in Europa Vollbeschäftigungswirtschaften schrittweise zum paradoxen Phänomen von Hochbeschäftigungswirtschaften mit gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit mutiert: Die Vollbeschäftigung der Wiederaufbauperiode wurde seither bei meist steigenden Beschäftigungsniveaus von Massenarbeitslosigkeit abgelöst. Die Arbeitslosenraten in Europa sind zweistellig geworden. Sie sind zwar noch weit unterhalb der großen Depression der Zwischenkriegszeit, doch die absoluten Arbeitslosenzahlen sind bereits ein Mehrfaches von 1933, fast 40 Millionen in Europa und Nordamerika. Angesichts dieser Entwicklungen stellt sich die Frage, wie es in Österreich auch in Zukunft gelingen kann, die gesamteuropäischen Tendenzen zu segregierten "Vier-Viertel-Gesellschaften" abzuwenden.

12. Unseren Erwerbsgesellschaften geht keineswegs die Arbeit aus, wie die Formel vom "Wachstum ohne Beschäftigung" fälschlich suggeriert, sondern nur die Vollzeit-Beschäftigung für wachsende Erwerbsbevölkerungen auf gegebenen Lohn- bzw. Arbeitszeitniveaus. Produk-

tion und Produktivität treiben zusehends auseinander. Statt "jobless growth" war die letzte Periode europäischen Wirtschaftswachstums von "less job growth" charakterisiert: eine wesentlich unveränderte Beschäftigungsintensität des Wachstums und steigendes Arbeitsvolumen erzeugten einen Beschäftigungszuwachs, der mit der wachsenden Nachfrage nach Arbeitsplätzen nicht Schritt halten konnte – und so die Arbeitslosigkeit weiter vermehrte.

13. Besonders beunruhigend sind Langzeitarbeitslosigkeit (die sich seit den siebziger Jahren vervielfacht hat und in der Europäischen Union mittlerweile die Hälfte der Gesamtarbeitslosigkeit ausmacht) sowie die wachsende "Alters-Arbeitslosigkeit" und unkontrollierte Frühpensionierungstrends mittlerer Jahrgänge, die vorzeitig aus dem Berufsleben gedrängt werden. Unabhängig davon bedürfen "alternde Gesellschaften" in den nächsten Jahrzehnten einer umfassenden Neugestaltung der Alterssicherung und des Generationenvertrages, um einen Zusammenbruch der öffentlichen Pensionskassen – oder entsprechende Beitragsbelastungen bzw. Pensionskürzungen – zu vermeiden.

14. Der bisherigen einseitigen und unsozialen Flexibilisierung der Arbeitszeiten und Produktionsmethoden sowie der Ausbreitung und Feminisierung prekärer und geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse wären arbeitnehmer/innen- und familienfreundliche Formen der Flexibilität entgegenzusetzen. Den horrenden menschlichen und finanziellen Kosten von Arbeitslosigkeit und Lebensarbeitszeitverkürzung durch Frühverrentung sollte mit einem konsequenten Vorrang für

Advanced Democracy

Vollbeschäftigung und Lebensarbeitszeitpolitik, mit Formen von Arbeitszeitverkürzung, die tätsächlich zusätzliche Arbeit schaffen, sowie mit sozialpartnerschaftlich geregelten Formen der Flexibilisierung beizukommen sein.

15. Zwei globale Rahmenbedingungen erschweren freilich dieses Ziel: erstens die vielfältigen Entgrenzungen der Marktwirtschaft in Richtung sich ausbreitender Arbeitsformen jenseits geregelter Erwerbsarbeit sowie ein sich verselbständigender, dschungelhafter Finanzoder "Casino"-Kapitalismus, dessen Zügelung inzwischen selbst seine Vorreiter wie George Soros nachdrücklich fordern.